

Niederschrift

Gremium	Sitzung - KRB/001(VI)/14			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Donnerstag, 18.09.2014	Altes Rathaus Hansesaal	17:00Uhr	18:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 26.06.2014
- 4 Wahl des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
- 5 Namensgebung einer Schule DS0262/14
- 5.1 Namensgebung einer Schule DS0262/14/1
- 6 Oberbürgermeisterwahl 2015 DS0344/14
- 7 Neufassung der Satzung des Seniorenbeirates der
Landeshauptstadt Magdeburg DS0140/14
- 8 Straßenbenennung "Sommersdorfer Weg" DS0278/14

9	Neufassung der Straßenausbaubeitragssatzung	DS0178/14
10	Erste Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung	DS0293/14
11	Straßenbenennung nach Selma Rudolph	A0108/14
11.1	Straßenbenennung nach Selma Rudolph	S0168/14
12	Kristallpalast	A0110/14
12.1	Kristallpalast	S0178/14
13	Änderung der Ankündigungspraxis bei Rückführungen	A0115/14
13.1	Änderung der Ankündigungspraxis bei Rückführungen	S0203/14
14	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Burkhard Lischka

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Günther Kräuter

Stadtrat René Hempel

Stadtrat Karsten Köpp

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Martin Danicke

Sachkundiger Einwohner Wolfgang Stein

Sachkundiger Einwohner Peter Uhlmann

Geschäftsführung

Frau Britta Becker

Stadtrat Daniel Kraatz

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

Stadtrat Alfred Westphal

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Thomas Brestrich

Stadtrat Michael Hoffmann

Stadtrat Olaf Meister

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Stadträte sowie die Vertreter der Verwaltung und Gäste. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende informiert, dass die Verwaltung darum bittet, die Drucksache DS0140/14 – Neufassung der Satzung des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt Magdeburg – zu vertagen. Er informiert weiterhin, dass es zum TOP 5 – Namensgebung einer Schule – noch einen Änderungsantrag gibt, der heute mit behandelt werden soll.

Die geänderte Tagesordnung wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

3. Genehmigung der Niederschrift vom 26.06.2014

Über die Niederschrift der Sitzung vom 26.06.2014 wird wie folgt abgestimmt:

1 Ja-Stimme
0 Nein-Stimmen
5 Enthaltungen

4. Wahl des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

Der Vorsitzende informiert, dass Herr Hoffmann Interesse als stellvertretender Ausschussvorsitzender bekundet hat.

Herr Schuster informiert, dass Herr Hoffmann sein Interesse aufrecht erhält.

Herr Hoffmann wird mit folgendem Abstimmungsergebnis als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten gewählt.

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

5. Namensgebung einer Schule
Vorlage: DS0262/14

Über die Drucksache wird wie folgt abgestimmt:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

5.1. Namensgebung einer Schule
Vorlage: DS0262/14/1

Über den Änderungsantrag wird wie folgt abgestimmt:

1 Ja-Stimme
5 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

6. Oberbürgermeisterwahl 2015
Vorlage: DS0344/14

Herr Platz bringt die Drucksache ein.

Herr Westphal bittet die Verwaltung, einen Aufruf an die jüngere Bevölkerung zu richten, sich an der Oberbürgermeisterwahl zu beteiligen.

Herr Platz nimmt die Bitte von Herr Westphal bejahend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

7. Neufassung der Satzung des Seniorenbeirates der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0140/14

Herr Westphal regt eine gemeinsame Sitzung des KRB-Ausschusses mit dem Gesundheits- und Sozialausschuss an. Gegebenenfalls sollten auch Vertreter des Seniorenbeirates mit eingeladen werden.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag von Herrn Westphal zu.

Frau Becker wird sich mit dem geschäftsführenden Amt des Gesundheits- und Sozialausschusses in Verbindung setzen.

8. Straßenbenennung "Sommersdorfer Weg"
Vorlage: DS0278/14
-

Über die Drucksache wird wie folgt abgestimmt:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

9. Neufassung der Straßenausbaubeitragssatzung
Vorlage: DS0178/14
-

Herr Hübner, FB 62, bringt die Drucksache ein.

Herr Westphal fragt nach, was die Verwaltung dazu berechtigt, sich selbst als „Stadt“ zu bezeichnen. Er möchte hierzu die rechtliche Grundlage wissen. Er hält die Bezeichnung für unüblich. Für das Wort „Stadt“ sollte wie auch in der alten Satzung „Landeshauptstadt Magdeburg“ verwendet werden.

Herr Keller, Amt 30, informiert, dass lt. Kommunalverfassungsgesetz die offizielle Bezeichnung „Landeshauptstadt Magdeburg“ ist. Er schlägt vor, den Begriff „Landeshauptstadt Magdeburg“ einmal zu nennen mit dem Verweis im nachfolgenden „Stadt“ genannt. Er sieht hier keinen rechtlichen Unterschied.

Herr Platz äußert, dass der Begriff Stadtverwaltung auf jeden Fall falsch ist.

Herr Köpp fragt nach den möglichen finanziellen Auswirkungen für die Einwohner.

Herr Hübner informiert, dass es für die Anlieger keine Änderungen gibt. Es wurde die durchschnittliche Wohngrundstücksgrenze zugunsten der Anlieger angepasst. Für den Teil der Betroffenen sinken die Kosten. Für alle anderen ändert sich nichts.

Herr Schuster stellt den Änderungsantrag, den § 1 Satz 1 wie folgt zu ändern:

Die **Landeshauptstadt Magdeburg (im nachfolgenden Stadt genannt)** erhebt zur Deckung ihres Aufwandes für die erforderliche Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung ihrer öffentlichen Verkehrsanlagen, für die sie Träger der Straßenbaulast ist, von den Beitragspflichtigen im Sinne des § 10 dieser Satzung, denen durch die Inanspruchnahme oder Möglichkeit der Inanspruchnahme dieser Leistungen ein Vorteil (Anliegervorteil) entsteht, Beiträge nach Maßgabe des KAG-LSA und dieser Satzung, soweit Erschließungsbeiträge entsprechend des Baugesetzbuches (BauGB) nicht erhoben werden können.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Herr Schuster fragt nach, welcher Satzung die älteren noch anhängigen Verfahren unterliegen.

Herr Hübner legt dar, dass das Satzungsrecht gilt, was zum damaligen Zeitpunkt galt.

Abstimmungsergebnis zur Drucksache in geänderter Form:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

10. Erste Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung
Vorlage: DS0293/14

Herr Eve, BOB, bringt die Drucksache ein.

Herr Schuster fragt nach, wann die Satzung Inkrafttreten soll.

Herr Eve legt dar, dass es eine Festlegung des Verwaltungsausschusses gibt, wonach das Dezernat I das Inkrafttreten der Satzung prüfen soll.

Herr Platz bittet die Ausschussmitglieder um Verständnis, dass er auf der heutigen Sitzung hierzu keine Auskunft geben kann, da ihm der Prüfauftrag erst seit kurzem vorliegt. Das Dezernat I wird die Sache prüfen und über das Ergebnis vor der Beschlussfassung der Satzung informieren.

Herr Lischka äußert, dass es grundsätzlich kein rückwirkendes Inkrafttreten einer Satzung gibt. Das Inkrafttreten muss jedoch noch in die Satzung rein formuliert werden.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
0 Enthaltungen

11. Straßenbenennung nach Selma Rudolph
Vorlage: A0108/14

Über den Antrag A0108/14 wird wie folgt abgestimmt:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

11.1. Straßenbenennung nach Selma Rudolph
Vorlage: S0168/14

Die Ausschussmitglieder nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

12. Kristallpalast
Vorlage: A0110/14

Herr Langer, Amt 61, macht Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Westphal fragt nach, welche Zielstellung der Antrag mit „adäquater Nutzung“ verfolgt oder wird der Antrag mit der Stellungnahme als erledigt betrachtet. Wird ein anderes Ziel verfolgt, ist er der Auffassung, das die Stadt dafür nicht zuständig ist.

Herr Köpp informiert, das die einbringende Fraktion den Antrag mit der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung erst mal als erledigt betrachtet.

12.1. Kristallpalast
Vorlage: S0178/14

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

13. Änderung der Ankündigungspraxis bei Rückführungen
Vorlage: A0115/14

Herr Platz informiert, dass die Verwaltung zur Zeit Leitlinien für die Aufenthaltsbeendigung erarbeitet. Die Verwaltung wird die Richtlinien vor Inkrafttreten den Stadträten vorstellen.

Herr Lischka schlägt vor, den Antrag bis zum Vorliegen der Richtlinie zurückzustellen.

Herr Köpp stimmt für die einbringende Fraktion dem Vorschlag zu.

13.1. Änderung der Ankündigungspraxis bei Rückführungen
Vorlage: S0203/14

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

14. Verschiedenes

Sitzungstermine 2015

Die Ausschussmitglieder stimmen den Sitzungsterminen 2015 zu. Die Übersicht wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Burkhard Lischka
Vorsitzender

gez. Britta Becker
Schriftführerin